

Krisenherd Ägypten: Obama gerät unter Druck

Zusammenfassung der U. S. Berichterstattung vom 12. bis 16. August

(im) Meldungen über heftige Proteste und Attacken in Ägypten waren das außenpolitische Thema dieser Woche. Nach der Machtübernahme durch das Militär vor sechs Wochen hatten die Muslimbrüder die Ägypter zu Protesten aufgerufen. Nun stürmten am vergangenen Mittwoch ägyptische Sicherheitskräfte die Protestlager tausender Anhänger des abgesetzten islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi. Die Folge war ein erschreckender Anstieg der Zahl an Todesopfern auf über 600 bis zum Ende der Woche. Angesichts der politischen Uneinsichtigkeit des Armeegenerals al-Sisi und der brutalen Unterdrückung, die dieser seit Wochen ausüben lässt, schrieb die *New York Times*, dass in Ägypten offenkundig nur ein sehr geringes Interesse an Demokratie bestehe. Es wird vielmehr das Schlimmste befürchtet: ein mörderischer Bürgerkrieg. In der *Washington Post* und der *USA Today* geriet insbesondere Präsident Obama bezüglich der Geschehnisse in Kritik, da er selbst nach dem blutigen Eingreifen des Militärs immer noch nicht von einer Machtübernahme sprechen wollte, sondern schlicht von einer „Intervention“. In den Augen der *New York Times* sollte Präsident Obama ausdrücklich seine Empörung über das Verhalten des Militärs kundtun, indem er diesem jegliche Unterstützung verweigert – vor allem in finanzieller Hinsicht, wie die *USA Today* ergänzt. Am Donnerstag kam Obama dieser Forderung, durch Absage der für September geplanten gemeinsamen Militärübungen, teilweise nach.

Indessen blieb diese Woche innenpolitisch gesehen Obamacare in der Diskussion, wobei gerade die Republikaner hart angegangen wurden. Die „Grand Old Party“ (GOP) ist in ihrer Haltung gegenüber dem Gesetz intern gespalten. Sie schwankt zwischen Missbilligung und kompletter Aufhebung. Hierzu bemerkte die *Washington Post*, dass R. Priebus wohl deshalb die „kreative“ Behauptung aufstellte, die Partei sei vereint hinter dem Ziel das Gesetz nicht finanziell zu unterstützen. Sollte das Gesetz aufgehoben werden, so sei, laut *Washington Post*, Obama für die Folgen verantwortlich, da in erster Linie die Demokraten das Gesetz durchgebracht haben und weiterhin darauf beharren. Allerdings lenkt die Zeitung ein, sei es

allemaal besser die Ziele des Gesetzes zu vertreten oder es zu verbessern, als es aufzuheben und zunächst durch nichts zu ersetzen, so wie es die GOP will. Das Versprechen der Partei im Herbst eine eigene Alternative zu veröffentlichen wird kritisch gesehen. Ein Mislingen würde offenlegen, dass die GOP keine konkrete Vorstellung davon hat, wie das Gesundheitssystem zu regeln sei. Die *Washington Post* warnt hier vor der Obamacare-„Falle“ und rät daher den Republikanern die Idee fallen zu lassen, das Gesetz mit aller Gewalt aufzuheben. Sie bezweifelt jedoch, dass die GOP ihren Ratschlags annehmen wird und merkt hierzu spöttisch an, dass die Partei wohl glaube, mit nur genügend Aufhebens das Gesetz als Katastrophe darstellen zu können um sich somit für die Wahlen 2014 zu profilieren.

Am Montag erklärte Richterin Shira A. Scheindlin die bisherigen „stop-and-frisk“ Taktiken der New Yorker Polizei, bei denen überwiegend Afroamerikaner und Hispanics bei Anfangsverdacht befragt und durchsucht wurden, für verfassungswidrig. Die Richtlinie an sich schlug sie nicht völlig nieder, forderte aber, dass sie nicht mehr diskriminierend gegenüber Minderheiten angewandt wird. Die *Washington Post* begrüßte diese Entscheidung, da die Durchsuchungen nicht nur unangenehm seien, wie die für jedermann verpflichtenden Kontrollen am Flughafen, sondern aufdringlich, demütigend und zielgerichtet. Bürgermeister Bloomberg hingegen wird Berufung einlegen, da seiner Aussage nach mit Hilfe der bisherigen Taktiken die Zahl der Morde eingedämmt werden konnte. Die *New York Times*, welche die richterliche Entscheidung ebenfalls als mutig befand, führte diesbezüglich beschwichtigend an, dass Bloomberts Amtszeit glücklicherweise bald endet. Auch sie muss jedoch zugestehen, dass ethnisches „Profiling“ weiterhin bestehen bleiben wird.

www.nytimes.com

www.usatoday.com

www.washingtonpost.com